

Das Magazin der Bundestagsfraktion

profil:GRÜN



**PLANET
PLASTIC
FANTASTIC?**

SEPTEMBER 2018



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
BUNDESTAGSFRAKTION

www.gruene-bundestag.de



PROFIL:GRÜN IM SEPTEMBER 2018

EDITORIAL S. 3

Anton Hofreiter

PLANET PLASTIC – FANTASTIC? S. 4

Die Vermüllung unseres Planeten mit Plastik ist eine der größten globalen Umweltkrisen. Wir müssen raus aus der Wegwerfgesellschaft. Bettina Hoffmann und Steffi Lemke stellen den grünen Aktionsplan vor.



DIE GRÜNE WOHNOFFENSIVE S. 10

Wir wollen, dass Wohnen für alle bezahlbar bleibt. Chris Kühn erläutert die grüne Wohnoffensive.

FÜR EIN GUTES EINWANDERUNGSGESETZ! S. 14

Ein Einwanderungsland braucht ein Einwanderungsgesetz. Die Große Koalition legt einen dünnen Eckpunkteplan auf. Wir haben einen Gesetzentwurf, der taugt. Katrin Göring-Eckardt und Filiz Polat stellen ihn vor.

AKTIVIST. FEMINIST. HEDONIST. S. 16

Kampf gegen Menschenfeindlichkeit und für eine soziale Politik gehören für Sven Lehmann zusammen. Ein Porträt von Susanne Sporrer.

AUS DEN ARBEITSKREISEN S. 18

Wir berichten über unsere parlamentarische Arbeit.

GRÜN UND GRÜNER S. 22

Antiziganismus, Tag der Ein- und Ausblicke im Bundestag, 70 Jahre Menschenrechte und weitere Themen der Fraktion kurz zusammengefasst.



Herausgeberin: Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion, 11011 Berlin, TEL 030/227 56789, FAX 030/227 56552, info@gruene-bundestag.de, **V.i.S.d.P.:** Herta Parchent, **Redaktion:** Gisela Hüber, Sibylle Kraut-Eppich, Tobias Herrmann, **Gestaltung:** Oliver Geheeb, Stefan Kaminski, **Titelbild:** WEDO, **Druck:** Die-richs Druck+Media Kassel, **Papier:** 90g Revive Pure, **Auflage:** 78.500, erscheint auch als Anzeige im „Magazin der Grünen“, **Redaktionschluss:** 10.09.2018, profil:GRÜN erscheint vier Mal im Jahr, das Abo kostet 7,50 Euro.

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

diese profil:GRÜN widmet ihren Themenschwerpunkt einer der größten ökologischen Bedrohungen: dem Plastikmüll. Allein durch den Autoreifenabrieb nimmt die Verschmutzung unserer Umwelt mit Mikropartikeln ungeheure Dimensionen an. Von gigantischen Müllstrudeln in den Ozeanen bis zu Mikroplastik in unseren Flüssen ist viel zu tun: runter vom hohen Ross, wir Deutschen seien die Weltmeister im Müllsortieren. Denn wir produzieren Plastikmüll wie kaum ein anderes Land. Das Rezept dagegen lautet: vermeiden, besser recyceln – und mehr in die Forschung für abbaubares Plastik investieren.



Foto: St. Kaminski

Steigende Mieten und Wohnraumangel sind ungerecht und verschärfen die soziale Spaltung unserer Gesellschaft. Wir wollen uns damit nicht abfinden und gehen in die grüne Wohnoffensive. Für bezahlbare Mieten und nachhaltiges Bauen.

Die jüngsten Ereignisse in Chemnitz mit rassistischen Angriffen von Rechtsradikalen auf Geflüchtete und ein jüdisches Restaurant stehen für eine Entwicklung, der wir uns mit aller Kraft entgegenstellen. Sie ist nicht zuletzt das Ergebnis des jahrelangen Wegsehens der CDU-geführten Landesregierung in Sachsen und eines eklatanten Versagens der Sicherheitsbehörden.

Rechtsextremismus und Fremdenhass sind allerdings kein allein sächsisches, sondern ein gesamtdeutsches Problem. Allen voran die AfD radikalisiert sich zusehends und marschiert ungeniert Seit an Seit mit rechten Gewalttätern. Aber auch die CSU, Teile der CDU, der FDP und sogar der Linken schüren Fremdenfeindlichkeit und Ressentiments. Wir Grüne sind dagegen die einzige Fraktion im Bundestag, die klar für Demokratie und Weltoffenheit steht. Wir stärken die Zivilgesellschaft und verstetigen die Demokratieförderung und Präventionsarbeit.

In Chemnitz habe ich mit vielen Leuten gesprochen, die täglich für Demokratie und gegen Hass eintreten. Sie alle wünschen sich mehr Unterstützung – auch vom Bund. Um den rechtsradikalen Exzessen Einhalt zu gebieten, braucht es einen starken Rechtsstaat. Auch deshalb fordern wir einen Neustart beim Bundesamt für Verfassungsschutz.

Außerdem diskutieren wir im Bundestag über ein Einwanderungsgesetz. Migration ist wichtig für eine vielfältige und zukunftsfähige Gesellschaft. Die vorgelegten Eckpunkte zum Einwanderungsgesetz verstärken dagegen den Eindruck, dass sich unser Innenminister der Notwendigkeit verweigert, eine moderne Gesellschaft zu gestalten. Wir Grüne haben dagegen einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt, der den Anforderungen eines Einwanderungslandes gerecht wird.

Ich wünsche Ihnen und euch eine spannende Lektüre!

Herzlich
DR. ANTON HOFREITER



WEG DAMIT!

SCHLUSS MIT
DEM PLASTIKMÜLL!

SELBST IN DEN ABGELEGENSTEN ECKEN DER WELT, WEITAB VON ZIVILISATION, LÄSST SICH PLASTIK NACHWEISEN.

von Bettina Hoffmann und Steffi Lemke

Unser Planet ist voller Plastik, überall. Ob im Eis der Antarktis, in den Quellbächen der Hochgebirge oder in den Meeren – selbst in den abgelegensten Ecken der Welt, weitab von Zivilisation, lässt sich Plastik nachweisen. Jedes Jahr landen weltweit mindestens 32 Millionen Tonnen Plastik in der Umwelt, bis zu 13 Millionen Tonnen davon gelangen in die Meere. In erschreckendem Tempo werden die Ozeane zum Endlager für unseren Plastikmüll. Geht es so weiter, schwimmt im Jahr 2050 mehr Plastik als Fische im Meer. Diese gravierende Verschmutzung unserer Umwelt und die latente Bedrohung unserer Gesundheit treiben die Bürgerinnen und Bürger um. Viele junge Menschen machen sich Gedanken darüber, wie man Müll aus den Ozeanen fischen kann, oder werden gleich selbst aktiv. Strandanwohnerinnen und Wassersportler organisieren sich, um Kampagnen gegen die Vermüllung der Strände zu starten. Viele Bürgerinnen und Bürger wollen ein Zeichen setzen, indem sie Plastik fasten oder bewusst auf Plastikverpackungen verzichten. In deutschen Supermärkten demonstrieren Aktivistinnen und Aktivisten im Rahmen von „Plastic-Attacks“ und lassen unnützen Verpackungsmüll einfach zurück. Und Zehntausende Menschen unterzeichneten Petitionen an den Deutschen Bundestag mit der Forderung, Plastikverpackungen zu vermeiden. Alle diese Menschen erwarten von der Bundesregierung, dass wir das Vorsorgeprinzip ernst nehmen und jetzt handeln. Die Beseitigung des immer weiter wachsenden Plastikbergs allein unseren Kindern und Enkelkindern aufzubürden, ist unverantwortlich. Eine Trendwende ist nötig. Denn seit den 1960er-Jahren ist die weltweite Kunststoffproduktion auf das 20-Fache angestiegen. Die EU-Kommission geht davon aus, dass sich die hergestellte Menge an Plastik in den kommenden 20 Jahren nochmals verdoppeln wird, wenn wir nicht gegensteuern.

WIR ESSEN PLASTIK

Wie sich die Vermüllung unserer Umwelt auf unsere Gesundheit auswirkt, ist noch nicht ausreichend erforscht.

Doch was wir bisher wissen, ist bedrohlich genug. Über Fische, Meeresfrüchte, Salz oder Getränke nehmen wir Mikroplastik mit der Nahrung auf. Das sind kleinste Plastikpartikel, die durch Zersetzung, Abrieb oder Zerkleinerung größerer Plastikreste entstehen. Auch unsere Raumluft ist voll dieser winzigen Plastikpartikel, pro Mahlzeit essen wir rund 100 davon mit.

Erste Studienergebnisse zeigen, dass Nanoplastik die Blut-Hirn-Schranke bei Fischen passieren kann. Es besteht Anlass zur Sorge, dass dieser Selbstschutzmechanismus des Gehirns vor schädlichen Stoffen auch beim Menschen überwunden werden könnte. Die gesundheitsschädigenden Wirkungen von Plastik-Additiven wie Phthalaten und Bisphenol A sind bereits nachgewiesen, darunter sind Herz-Kreislauf-Erkrankungen und hormonelle Veränderungen. Für norddeutsche Flüsse wurde nachgewiesen, dass das darin treibende Mikroplastik um das Drei- bis Vierfache stärker mit Schadstoffen belastet ist als die Bodenablagerungen. Forscher warnen außerdem davor, dass Mikroplastik etwa in der Ostsee während Hitzeperioden die Verbreitung von Durchfall auslösenden Bakterien begünstigen kann. Denn auf der Oberfläche der Plastikpartikel können sich Biofilme mit einer hohen Bakteriendichte bilden. Letztlich trägt die Verschmutzung der Erde mit Plastik auch zur Klimakrise bei, weil der Zerfall von Mikroplastik hochwirksame Treibhausgase wie Methan freisetzt.

WEGWERFWAHN BEENDEN

Dabei steht außer Frage, dass Plastik für viele Anwendungen ein sinnvoller und vielseitiger Werkstoff ist. Es ist aber widersinnig, extrem langlebige und haltbare Kunststoffprodukte nur für wenige Tage oder gar Minuten einzusetzen. Das gilt vor allem für Einwegverpackungen und andere Wegwerfprodukte aus Plastik. Sie verschwenden wertvolle Ressourcen und verschmutzen achtlos entsorgt die Natur, auch bei uns in Deutschland. Jährlich fallen pro Kopf 37,6 Kilogramm Plastik-Verpackungsmüll an. Das ist eine untragbare Last für die Umwelt und für nachfolgende Generationen.

Die Vermüllung unserer Natur mit Plastik ist neben der Klimaerhitzung und dem dramatischen Artensterben eine der größten globalen Umweltkrisen. Wir verursachen sie vor allem durch unsere Art, zu leben und zu wirtschaften. Um diese Krisen zu bewältigen, reichen halb gare Ankündigungen der Bundesregierung und eine Politik der Trippelschritte nicht aus.

EINKAUF OHNE PLASTIK IST MÖGLICH

Der erste Schritt hin zu einer echten Kreislaufwirtschaft lautet: Abfälle vermeiden, wo immer es möglich ist. Viele Hersteller und Versandhändler übertreiben es mit der Verpackung ihrer Produkte. Hier müssen wir gegensteuern:

- » Wir setzen auf eine Regulierung der Industrie. Statt dickwandiger Plastikflaschen sollten vermehrt materialsparende Nachfüllbeutel zum Einsatz kommen. Auf Doppel- und Dreifachverpackungen sollte verzichtet werden.
- » Auch überdimensionierte Schummelverpackungen, in denen VerbraucherInnen und Verbraucher viel Luft und wenig Inhalt finden, gehören abgeschafft.
- » Wir unterstützen die Initiative der EU-Kommission, Wegwerfprodukte aus Plastik, die massenhaft in der Umwelt landen, zu verbieten. Dazu gehören etwa Einweg-Plastikgeschirr, Strohhalme, Watte- und Rührstäbchen oder Luftballonhalter.

Es gibt bereits erste kleine Erfolge. Der Verbrauch von Plastiktüten hat sich in den letzten Jahren mehr als halbiert. Allerdings wurden 2017 in Deutschland immer noch 2,4 Milliarden Plastiktüten umgesetzt. Das ist zu viel. Freiwillige Selbstverpflichtungen der Industrie reichen nicht aus. Einen erheblichen Anteil am Verpackungsmüll hat neben dem wachsenden Onlinehandel auch der Trend „to go“, zum schnellen Konsum unterwegs. Es ist gut, dass bereits viele Menschen bewusst auf Wegwerfverpackungen verzichten, sich stattdessen ihren Mehrweg-Kaffeebecher auffüllen lassen oder zum Einkauf an der Frischetheke eine Dose für Käse, Wurst und Oliven mitbringen. Dass bei der Vermeidung von Plastik vieles möglich ist, zeigen auch die Unverpackt-Läden, die quer durch die Republik an vielen Orten eröffnen. In vielen Kommunen arbeiten Handel und Politik an lokalen Pfandlösungen. Grüne UmweltministerInnen organisieren Refill-Kampagnen oder verbannen Einwegbecher aus öffentlichen Kantinen.

Diese vorbildlichen Ansätze wollen wir weiter voranbringen. Die Bundesregierung muss ihren Teil dazu beitragen: zum Beispiel indem sie Kommunen und Handel dabei unterstützt, praktikable und rechtssichere Lösungen zu finden, die auch den hygienischen Anforderungen genügen. Um Einwegverpackungen zurückzudrängen und für eine saubere Umwelt zu sorgen, halten wir eine Abgabe auf Wegwerfprodukte, die besonders oft als Müll auf der Straße und in der Natur landen, für sinnvoll. Diese würde dann zum Beispiel für Plastiktüten, Coffee-to-go-Becher und Take-away-Essensverpackungen gelten.

MEHRWEG IST MEHR WERT

Wir haben in Deutschland ein einmaliges und gut ausgebautes Mehrwegsystem. Das wollen wir stärken. Viele umweltschädliche Einwegverpackungen lassen sich einfach durch umweltfreundliche Mehrweglösungen ersetzen. In den letzten Jahren wehte der Wind aber aus einer anderen Richtung: Immer mehr Einweg-PET-Flaschen, Getränkedosen und Minidosen kamen in den Handel – der Berg aus Einwegverpackungen wächst rasant. Eine Entwicklung, die nicht nur das Mehrwegsystem, sondern auch den deutschen Mittelstand, etwa kleine Privatbrauereien, bedroht. Die Branche rechnet damit, dass der Trend zur Einwegverpackung bis zu 150.000 Arbeitsplätze in Deutschland gefährdet. Bis 2030 wollen wir daher eine verbindliche Mehrwegquote von mindestens 80 Prozent erreichen. Dafür muss die Bundesregierung das Pfandchaos beenden, das die Verbraucherinnen und Verbraucher seit Jahren an den Rücknahmeautomaten der Supermärkte nervt.

- » Wir wollen die Pfandsysteme so vereinheitlichen, dass jeder Laden ab einer bestimmten Größe alle Flaschen zurücknimmt. Dazu gehört, das Pfandsystem auf alle Einweg-PET-Flaschen auszuweiten – unabhängig vom Inhalt. Das schafft Klarheit für die VerbraucherInnen und garantiert bessere Sammel- und Verwertungsquoten.
- » Damit der Handel einen Anreiz bekommt, bevorzugt Mehrwegverpackungen zu verkaufen, schlagen wir eine Lenkungsabgabe auf Einweggetränkverpackungen vor. Damit stärken wir die Mehrwegquote. Mit den Einnahmen wollen wir ein Bundesprogramm auflegen, das nationale und regionale Mehrwegprojekte fördert.
- » Wir brauchen zudem eine deutlich bessere Kennzeichnung von Getränkeverpackungen. Die ab 2019 in Kraft tretende Regalkennzeichnung reicht nicht aus. Beim Einkauf muss jeder sofort auf dem Etikett erkennen können, ob es sich um eine Mehrweg- oder Einwegverpackung handelt.

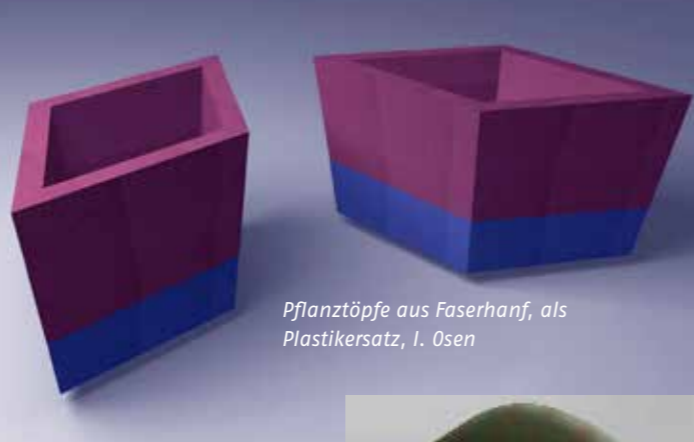
FÜR EINE ECHTE KREISLAUFWIRTSCHAFT

In einer echten Kreislaufwirtschaft kommt es auf die Qualität an. Es reicht nicht, möglichst viel zu recyceln, vielmehr kommt es auf eine hochwertige Verarbeitung der Materialien ohne Schadstoffe an. Wir wollen, dass die Recyclingwirtschaft noch mehr Wertstoffströme erfasst und hochwertiges Recycling weiter ausbaut, statt aufs Verbrennen zu setzen.





Mitwachsender Sneaker, O. Hidalgo



Pflanztöpfe aus Faserhanf, als Plastikersatz, I. Osen



Angelköder, natürlich abbaubar, G. van Toor

DREI BEISPIELE NACHHALTIGER ANSÄTZE IM ÖKODESIGN

Studenten des Fachbereichs Industriedesign der HTW-Berlin entwickelten im Sommersemester 2018 unter Prof. Feucht innovative Ansätze für nachhaltig gestaltete Produkte im Ökodesign – Maßgabe: ausschließlich nachwachsende oder recycelte Rohstoffe, reparierfähig, natürlich abbaubar, up- und recyclingfähig, langlebig und ... hervorragend gestaltet.

Denn nur ein kleinerer Teil des Plastikmülls wird heute in Deutschland tatsächlich stofflich recycelt, über 60 Prozent landen in Müllverbrennungsanlagen. Ein überfälliger Schritt wären Recyclingquoten, die sich automatisch an die beste Recyclingtechnik und die Ergebnisse der besten Entsorger am Markt anpassen.

Die Struktur der Dualen Systeme ist ineffizient und intransparent. Mit dem neuen Verpackungsgesetz, das zum 1. Januar 2019 in Kraft tritt, wird sie zementiert. Wir Grüne sind daher weiterhin für einen Neustart der Entsorgungssysteme. Um eine echte Kreislaufwirtschaft zu begründen, brauchen wir eine deutschlandweite Sammlung aller Wertstoffe. Es geht nicht nur um Verpackungen, auch ausgedientes Kochgeschirr oder Plastikspielzeug gehören in den Wertstoffkreislauf.

Eine Wertstofftonne soll die bisherigen gelben Säcke und Tonnen ersetzen. So könnten zusätzlich zu den Verpackungsabfällen bis zu 450.000 Tonnen mehr Wertstoffe für das Recycling erfasst werden. Die Verantwortung für die Sammlung der Wertstoffe wollen wir den Kommunen übertragen. Sie können die Aufgabe selber übernehmen oder in einem transparenten Verfahren ausschreiben.

Mit dem neuen Verpackungsgesetz wurde eine „Zentrale Stelle“ ins Leben gerufen. Sie hat den Auftrag, die Lizenzentgelte nach ökologischen Kriterien neu zu ordnen. Doch schon jetzt ist absehbar: Ein ganz großer Wurf wird das nicht. An den ersten Eckpunkten ist zu erkennen, dass es keine Anreize geben wird, Verpackungsmüll zu vermeiden.

Unser Ziel ist es, die Lizenzentgelte zu einer echten Ressourcenabgabe mit Lenkungswirkung weiterzuentwickeln. Sie soll klare Anreize für Abfallvermeidung und recyclingfreundliches Design, für einen sparsamen Einsatz der Rohstoffe sowie die Weiternutzung von Wertstoffen geben. Mit den Einnahmen wollen wir die Ressourcenabgabe mit einer Bonuskomponente ausstatten, die zum Beispiel besonders ökologische Verpackungen belohnt.

FÜR EIN NEUES LEVEL IM ÖKODESIGN

Eine echte Kreislaufwirtschaft erfordert zudem geschlossene Stoffkreisläufe. Davon sind wir in Deutschland noch weit entfernt. Denn oft reicht die Recyclingqualität für eine hochwertige Weiterverarbeitung der gewonnenen Materialien nicht aus. Um das zu ändern, wollen wir die Kreislaufwirtschaft schon im Produktdesign verankern. Deutschland soll sich dafür einsetzen, die europäischen Vorschriften für das EU-Ökodesign auf ein neues Level zu heben. Wichtig ist, dass der Staat Standards für recyceltes Plastik setzt und dabei insbesondere Gesundheitsaspekte berücksichtigt. Denn erst wenn sich Plastikhersteller darauf verlassen können, dass wiederverwertetes Plastik unbedenklich verwendet werden kann, entwickelt sich dafür ein Markt. Die Erforschung und Entwicklung innovativer Materialien, die sich in der Natur vollständig abbauen, unterstützen wir. Neuartige biobasierte und kompostierbare Kunststoffe sind jedoch kein Patentrezept, um unsere Umwelt zu schonen: Diese Stoffe sind bis jetzt nur in industriellen Kompostieranlagen, nicht aber in der

Natur oder auf dem heimischen Kompost abbaubar. Wir wollen daher klare Standards und Kennzeichnungspflichten, um die Auswirkungen und Risiken dieser Kunststoffe transparent zu machen.

WERKSTOFF PLASTIK WERTSCHÄTZEN

Plastik ist ein wertvoller Werkstoff und sollte nicht künstlich billig gehalten werden. Wir wollen, dass die Preise für Plastik die ökologische Wahrheit sagen und wir wollen Anreize für einen wertschätzenden Umgang mit unseren Ressourcen schaffen. Der wichtige Werkstoff Plastik darf nicht zum Wegwerfprodukt verkommen.

Dies ist heute aber der Fall, denn über 50 Prozent des Plastiks werden als Verpackung und Einwegartikel eingesetzt. Anders als bei der Energieerzeugung fällt bei der stofflichen Nutzung von Erdöl und Erdgas für die Herstellung von Plastik keine Energiesteuer an, dadurch verzichtet der Staat jährlich auf 780 Millionen Euro.

Wir wollen diese indirekte Subvention von neu produziertem Plastik abschaffen und damit unter anderem den Aufbau eines Deutschen Recycling-Instituts finanzieren. Denn in Deutschland gibt es bisher keine zentral verantwortliche Forschungseinrichtung, die die Grundlagenforschung im Bereich der Kreislaufwirtschaft zentral zusammenführt. In einem solchen Forschungsinstitut könnte dauerhaft an besseren und hochwertigeren Recyclingmethoden, dem Ausschleusen von Giftstoffen aus dem Stoffkreislauf sowie am Ökodesign für die bessere Recycelbarkeit von Produkten geforscht werden.

MIKROPLASTIK STOPPEN

Weltweit und auch in Deutschland wird Mikroplastik fast flächendeckend in Flüssen und Böden gefunden. Im Sinne des Vorsorgeprinzips müssen wir jetzt handeln. Wir fordern, dass die Bundesregierung endlich dem Beispiel Schwedens folgt und Mikroplastik in Kosmetika und Körperpflegeprodukten verbietet. Wir wollen auch die gängige Praxis beenden, abgelaufene Lebensmittel samt Verpackungen zu schreddern, damit nicht Mikroplastik über Biogasanlagen oder Faultürme von Kläranlagen in Böden und Gewässern landet. Zudem braucht es mehr Aufklärung und bessere Bioabfallsammlungen, effizientere Verfahren zur Plastikbeseitigung in Kompostieranlagen und strengere Grenzwerte in der Düngemittelverordnung. Denn es kann

nicht angehen, dass über den Kompost Jahr um Jahr Plastikpartikel im Umfang von 612 Millionen Plastiktüten in Gärten und auf Äckern verteilt werden können.

PLANET OHNE PLASTIK – FANTASTISCH?

Die ungebremste Vermüllung der Umwelt und Meere mit Plastik ist ein globales Problem. Es ist klar, dass wir dafür internationale Lösungen finden müssen. Wir fordern daher die Bundesregierung auf, sich an die Spitze der internationalen Bewegung gegen diese gigantische Umweltverschmutzung zu setzen. Es gilt, die auf den Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs erzielten Ansätze zur Reduzierung von Meeresmüll intensiv voranzutreiben und regional umzusetzen. Das haben auch die Bundesländer in einem Beschluss des Bundesrates verlangt.

Wir brauchen darüber hinaus eine internationale Plastikkonvention unter dem Dach der Vereinten Nationen, um bis 2030 den Eintrag von Plastik und Mikroplastik in die Meere zu stoppen. Über nationale Zielvereinbarungen und länderspezifische Maßnahmenprogramme, die in diesem Rahmen getroffen werden, können alle Staaten ihren Beitrag dazu leisten.

» gruene-bundestag.de/Plastik

DR. BETTINA HOFFMANN MDB
Sprecherin für Umweltpolitik,
Sprecherin für Umweltgesundheit



STEFFI LEMKE MDB
Parlamentarische Geschäftsführerin,
Sprecherin für Naturschutzpolitik





DIE GRÜNE WOHNOFFENSIVE

Mieten bremsen. Nachhaltig bauen.

von Chris Kühn

Wohnen ist bis weit in die Mitte unserer Gesellschaft hinein zu einer sozialen Frage geworden. Mieten und Kaufpreise sind in den letzten Jahren vielerorts explodiert. Die guten Lagen der wachsenden Innenstädte verwandeln sich in Luxusmeilen. Das stellt viele Familien, Rentner, Alleinerziehende, aber auch Durchschnittsverdienende vor existenzielle Probleme.

Die Große Koalition antwortet darauf mit teuren Programmen, die den eh schon überhitzten Markt weiter befeuern. Das treibt die Preise noch mehr nach oben und beschleunigt die Verdrängung. Mieterschutz ist dieser Regierung dagegen ein Fremdwort. Deshalb haben wir Grüne im Bundestag die grüne Wohnoffensive gestartet: Sie enthält sehr konkrete Vorschläge, Wohnen wieder bezahlbar und attraktiv zu gestalten. Wir investieren in günstige Mietwohnungen, in Klimaschutz und faire Wärme. Wir ebnen den Weg zu den eigenen vier Wänden und aktivieren Bauflächen, ohne wertvolles Land zu opfern. Wir verbessern die Wohn- und Lebensqualität in ländlichen Räumen. Mit unserer Offensive wollen wir den sozialen Zusammenhalt stärken und dazu beitragen, dass Menschen auf dem Land genauso gut leben wie in der Stadt.

BEZAHLBARE WOHNUNGEN – FAIRE MIETEN

Deutschland ist ein Mieterland. Gerade in den wachsenden Städten und Ballungsräumen wohnt die große Mehrheit zur Miete, aber viele können sich das kaum noch leisten. Wer mit weniger Geld auskommen muss oder größere Belastungen zu tragen hat, ist den steigenden Preisen kaum noch gewachsen. Auch Familien mit Kindern, Alleinstehende oder junge Berufstätige geraten zunehmend unter Druck.

Das wollen wir ändern und haben dazu ein Investitionsprogramm des Bundes entwickelt. Damit auch Pförtnerinnen, Altenpfleger, Rentnerinnen sicher sein können, eine Mietwohnung zu finden, die sie sich jetzt und auf Dauer leisten können. Mit diesem Investitionsprogramm „Neue Wohngemeinnützigkeit“ schaffen und sichern wir in den nächsten zehn Jahren eine Million Wohnungen zu dauerhaft günstigen Mieten – zusätzlich zum sozialen Wohnungsbau. Wir geben denjenigen – Kommunen, Genossenschaften und Unternehmen – einen öffentlichen Zuschuss und Steuerbefreiung, die solche Wohnungen schaffen und sie dauerhaft diesem Zweck widmen – attraktiv, ökologisch und in lebenswerten Stadtvierteln der wachsenden Städte. Damit vergrößern wir das Angebot an bezahlbarem Wohnraum erheblich und entschärfen auch den Preiskampf im nächsthöheren, mittleren Marktsegment. Sehr viele Menschen können von diesen Entlastungen auf dem Wohnungsmarkt profitieren.

Darüber hinaus stehen wir für ein gerechtes Mietrecht, das Mietsteigerungen klare Grenzen setzt. So wollen wir eine wirksame Mietpreiskontrolle etablieren – ohne unnötige Ausnahmen. Bei Wiedervermietung darf die ortsübliche Miete statt wie heute um zehn Prozent nur noch um bis zu fünf Prozent überschritten werden.

In bestehenden Mietverträgen begrenzen wir die Mieterhöhung auf zehn Prozent in drei Jahren, statt bisher 15 Prozent. Zusätzlich stärken wir Mieterinnen und Mieter in der Wahrnehmung ihrer Rechte mit dem Instrument der Gruppenklage sowie mit verlängerten Fristen und erweiterten Auskunftsrechten.

MIT MODERNEN GEBÄUDEN ZUKUNFT SICHERN

Die meisten Menschen in Deutschland leben in Wohnungen, die vor 1980 gebaut wurden. Natürlich müssen diese Wohnungen instand gehalten oder auch gründlicher saniert werden. Viele EigentümerInnen sind unsicher, wie sie das am besten angehen und welche Maßnahmen Verbesserungen bringen. Die Mieterinnen und Mieter haben durch eine Modernisierung kaum Einsparungen und oft sogar das Nachsehen, wenn sie „raussaniert“ werden, weil sie sich die teurere Wohnung nicht mehr leisten können. Die Große Koalition hat es versäumt, hier Impulse zu setzen und für Klarheit zu sorgen.

Wir wollen die Balance zwischen Investment durch den Eigentümer und Bezahlbarkeit für die Mieter wiederherstellen.

- » Nur die Kosten für energetische Modernisierung, Barriereabbau und Einbruchschutz sollen auf die Jahresmiete umgelegt werden können. Und das mit nur noch sechs Prozent, heute sind elf Prozent zulässig. Luxussanierungen, zum Beispiel ein Marmorbad, müssen Mieter, die das nicht wünschen, dann auch nicht mehr bezahlen.
- » Außerdem wollen wir generell die Mietsteigerungen begrenzen. Die Miete soll nur noch um zwei Euro pro Quadratmeter innerhalb von sechs Jahren steigen dürfen, nicht wie heute nach oben unbegrenzt.

Einen besonderen Schwerpunkt legen wir auf Investitionen in den Klimaschutz. Dafür stellen wir im Programm „Faire Wärme“ sieben Milliarden Euro im Jahr für Planung, Investitionen und Bezahlbarkeit bereit. Auch ressourcenschonendes Bauen, zum Beispiel im modularen Holzbau oder mit ökologischen Baustoffen, gehört dazu. Mit dieser Innovationsoffensive unterstützen wir Eigentümer, Vermieter und Mieter.

FAIR IN DIE EIGENEN VIER WÄNDE

Die eigenen vier Wände sind für viele ein Traum. Eine Wohnung oder ein Haus zu besitzen steht für Unabhängigkeit, ist vermögensbildend und gilt als sichere Altersvorsorge.

Das Baukindergeld von Schwarz-Rot ist aber die falsche Antwort auf einen berechtigten Wunsch. Ökonomen, Mieter- und Eigentümerverbände warnen sogar davor, dass der Markt diese Mittel schlicht einpreist – in der Folge könnten Kaufpreise und Mieten weiter nach oben schnellen. Außerdem begünstigt dieser Zuschuss diejenigen, die sowieso Wohneigentum bilden würden. Mindestens zwölf Milliarden Euro wird das Baukindergeld – übrigens die größte Einzelsubvention im Bundeshaushalt – in den nächsten drei Jahren verschlingen. Geld, das an anderer Stelle fehlt, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Die Schwelle zum Eigentum lässt sich einfacher senken. Zwei wichtige Stellschrauben sind die Senkung der Maklergebühr und die Erhöhung der Sparzulagen über die Bausparprämie.

Wenn die eigene Immobilie unerschwinglich ist, dann liegt das oft auch an den hohen Kaufnebenkosten. Eine Menge Geld bleibt beim Makler. Durch Absprachen der Maklerverbände werden vielerorts über sieben Prozent des Kaufpreises fällig. Bei einem Kaufpreis von 400.000 Euro für ein Haus oder eine Eigentumswohnung sind das annähernd 30.000 Euro.

- » Wir wollen daher das Bestellerprinzip auch beim Kauf von Immobilien einführen. Wer den Makler beauftragt, soll ihn auch bezahlen, so wie es bereits bei Mietwohnungen festgelegt ist. In der Regel ist der Besteller zugleich der Verkäufer.
- » Um auch den Verkäufer vor überhöhten Kosten zu schützen, deckeln wir gleichzeitig die Maklergebühren bei zwei Prozent inklusive Mehrwertsteuer. So nähern wir uns dem europäischen Durchschnitt an.

Viele sparen das nötige Eigenkapital für die eigenen vier Wände erst an. Dabei unterstützen wir sie, sichern moderate Wohnkosten und Unabhängigkeit.

- » Den Wunsch nach Wohneigentum unterstützen wir mit höheren Sparzulagen über die Bausparprämie, die wir an die Einkommen anpassen.

- » Zulagen gibt es auch für das Ansparen eigener Mittel und den Erwerb von Anteilen solidarischer Wohnungsgenossenschaften.
- » Mit fairen Mieten schaffen wir wieder mehr Spielräume für das Ansparen.
- » Wir stärken den Verbraucherschutz mit einer Reform des Wohneigentums- und des Bauträgerrechts. Damit schützen wir Eigentümer vor Pfusch am Bau und bei der Instandhaltung. Denn für viele Menschen ist die eigene Immobilie das größte und wichtigste Investment ihres Lebens.

RAUM ZUM NEU- UND AUSBAUEN SCHAFFEN

Bauland ist knapp, besonders in begehrten Lagen. Wir wollen dafür sorgen, dass in wachsenden Städten und Umlandgemeinden zielgerichtet und behutsam neu gebaut und erweitert werden kann. Wir fördern finanziell die Nachverdichtung und setzen uns für „Innenentwicklung im Bestand“ ein. Damit erleichtern wir es zum Beispiel, Dächer auszubauen oder aufzustocken, Leerstand im Umland zu bewohnen oder Wohnraum über Supermärkten zu schaffen. Um den modularen Holzbau und serielle Bauarten voranzubringen, stiften wir Wettbewerbe. Diese „Bauflächenoffensive“ wollen wir durch eine Investitionszulage fördern.

Auch Kommunen wollen wir dazu verhelfen, mit machbarem Aufwand Bauland für öffentliche und private Investitionen zu aktivieren und zugleich grüne Freiräume, Mobilität, Schulen und Sozialwohnungen einzuplanen. Dort, wo Wohnraummangel und Belange der Stadtentwicklung es erfordern, sollen Städte und Gemeinden „Innenentwicklungsgebiete“ festlegen können. Innerhalb dieser Areale können sie damit Baulücken, Brachen und andere Flächen zügig diesen Nutzungen zuführen.

Den Bund wollen wir mit seinem Immobilienbestand stärker für den sozialen Wohnungsbau in die Pflicht nehmen. Seit 2015 gab der Bund ganze zwölf Liegenschaften für sozialen Wohnungsbau vergünstigt ab, rund 2.000 Liegenschaften aber zum Höchstpreis nach Versteigerung! Diese spekulative Praxis der Immobilienverwertung beenden wir. Wir regeln gesetzlich, dass der Bund seine eigenen Liegenschaften fair bewirtschaftet und entbehrliche Grundstücke an Kommunen und Dritte günstiger oder in Erbpacht abgibt, statt sie auf dem freien Markt gewinnbringend zu veräußern.

WOHNEN AUF DEM LAND: ATTRAKTIV UND LEBENDIG

Menschen sollen dort leben können, wo sie es wollen – ob in der Stadt oder auf dem Land, in boomenden oder dünn besiedelten Regionen. Gute und bezahlbare Wohnqualität in ländlichen Regionen zu sichern, ist dafür unerlässlich. Der Bund muss dabei für gleichwertige Lebensverhältnisse und die Qualität des Wohnumfeldes Sorge tragen. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen. Zum Beispiel, indem wir es Kommunen erleichtern, Baupotenziale in den Ortskernen zu erschließen, bevor sie Bauland auf der grünen Wiese entwickeln. Denn weitere Zersiedelung kommt die Bewohner auf Dauer teuer zu stehen und entwertet bestehende Immobilien.

Ortskerne sollen attraktiv und lebendig bleiben. Dafür fördern wir Läden und Ärzte, Schulen und Bürgerhäuser. Wir wollen eine funktionstüchtige Nahversorgung und eine nachhaltige Mobilität. Mit unserem Zukunftsprogramm Nahverkehr bauen wir Bus und Bahn aus, fördern Radschnellwege, gute Fahrradabstellanlagen an Bahnhöfen und mehr Car- und Ridesharing. Damit verbessern wir die Verbindungen auf dem Land und die Anbindung an die Stadt. Weil Wohnen uns alle angeht, sollen auch alle mitreden dürfen. Bürgernahe Planungs- und Entscheidungsformen sind dafür ein guter Weg.

ES GEHT BESSER!

Wie und wo wir leben, ist eine der ganz großen sozialen und ökologischen Fragen. Die Bundesregierung aber scheint die Zeichen der Zeit nicht zu erkennen. Sie setzt weiter auf die Lobbyinteressen der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft. Dass es anders und vor allem besser geht, zeigen wir – mit der grünen Wohnoffensive.

» gruene-bundestag.de/Wohnen

CHRIS KÜHN MDB
Sprecher für
Bau- und Wohnungspolitik



FÜR EIN EINWANDERUNGSGESETZ, DAS SEINEN NAMEN VERDIENT

von Katrin Göring-Eckardt und Filiz Polat

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Es ist höchste Zeit, dass wir Einwanderung gesetzlich regeln. Was die Bundesregierung derzeit plant, greift entschieden zu kurz.

Ein Einwanderungsgesetz, das diesen Namen verdient, muss hohen Anforderungen genügen. Es muss anwenderfreundlich sein und Einwanderung ermöglichen. Es muss demografiefest sein und Rechtssicherheit schaffen. Es muss globalisierungstauglich, nachhaltig und gerecht sein. Die grüne Bundestagsfraktion hat bereits in der letzten Wahlperiode den ausformulierten Entwurf für ein weitblickendes, modernes Einwanderungsgesetz vorgelegt.

Jetzt will auch die Bundesregierung die Bedingungen der Einwanderung neu regeln. Doch das vorliegende Eckpunktpapier dreht nur hier und da ein wenig an den Schrauben. An den bestehenden komplizierten und engen Regelungen ändert sich nichts, zentrale Fragen bleiben unbeantwortet. Was die Große Koalition „Einwanderungsgesetz“ nennt, ist lediglich ein Etikettenschwindel.

EINWANDERER DRINGEND BENÖTIGT

Wenn wir der demografischen Entwicklung ihren Lauf lassen, wird die deutsche Bevölkerung bis 2060 insgesamt um ein Viertel schrumpfen. Damit wird die Zahl erwerbsfähiger Personen entsprechend sinken, zugleich wird sich der Anteil der über 65-Jährigen verdoppeln. Selbst diese Zahlen des Statistischen Bundesamtes rechnen eine kontinuierliche Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte mit ein. Wie werden Wirtschaft und Gesellschaft eine so drastische Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung verkraften?

Um unsere Wirtschaft am Laufen und die sozialen Sicherungssysteme stabil zu halten, müssten Schätzungen des Statistischen Bundesamtes zufolge bis zu 200.000 Menschen pro Jahr zuwandern. Tatsächlich wird die Zahl

deutlich verfehlt. Ein vorausschauendes Einwanderungsgesetz sollte die Voraussetzungen dafür schaffen, diesen Prozess zu meistern. Davon ist das jetzige Recht aber meilenweit entfernt. Und auch die Pläne der Regierung sind viel zu ängstlich. Attraktive Regelungen für die Familienangehörigen fehlen gänzlich. So lässt sich die absehbare Lücke an Arbeitskräften sicher nicht füllen.

DIE HÜRDEN BLEIBEN

Das jetzige Einwanderungsrecht ist extrem kompliziert und bürokratisch. Es erschwert einwanderungswilligen Menschen die Zuwanderung und stellt auch unsere Wirtschaft vor große Probleme. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, die auf Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen sind, scheitern oft an den bürokratischen Hürden. Eine Einladung, zum Arbeiten nach Deutschland zu kommen, sieht anders aus. Daran will die Große Koalition offenbar nichts ändern.

Tatsächlich ziehen nach wie vor nur wenige Fachkräfte aus Drittstaaten auf Dauer nach Deutschland um. So ist zum Beispiel nur knapp die Hälfte der 21.800 Personen, die 2017 eine sogenannte Blue Card erhielten, eingewandert. Die andere Hälfte lebte schon hier und hat lediglich den aufenthaltsrechtlichen Status verlängern lassen.

INNOVATIVE LÖSUNGEN FINDEN, RECHTSSICHERHEIT SCHAFFEN

Wir Grüne im Bundestag suchen nach neuen Wegen. Ein Vorschlag ist, Fachkräfte mit einer erkennbar guten Integrationsprognose mit einer sogenannten Talent-Karte auszustatten. Sie soll ihnen ermöglichen, für sich und ihre Familie einen ihrer Qualifikation entsprechenden Job zu finden. Das vom Innenministerium vorgelegte Eckpunktpapier will Zuwanderern zwar den Zugang zum Arbeitsmarkt öffnen, es verrät jedoch nicht, unter welchen Bedingungen. Auch ausländischen Studierenden und Azubis sowie Schutzsuchenden, die bereits in den Arbeitsmarkt integriert sind, wollen wir Chancen eröffnen. Ohne sicheren Aufenthaltsstatus können sie nicht sesshaft wer-

den und sich in das politische und soziale Leben einbringen. Mithilfe eines sogenannten Spurwechsels wollen wir diesem Personenkreis ermöglichen, in Deutschland Fuß zu fassen. Den Spurwechsel für gut integrierte Asylbewerber lehnen CDU/CSU aber aus ideologischen Gründen ab. Darüber hinaus wollen wir Menschen jenseits des politischen Asyls Perspektiven anbieten. Ein Beitrag auch, um das Asylsystem zu entlasten. Voraussetzung dafür ist, dass wir nicht nur bei uns, sondern auch bereits in den Herkunfts- und Transitstaaten bessere Angebote zum Sprachenerwerb, zu Weiterbildung und Qualifizierung schaffen.

GLOBALISIERUNGSTAUGLICH, NACHHALTIG UND GERECHT

Wanderungsprozesse verlaufen in einer globalisierten Welt dynamisch und vielfältig. Es ist daher sinnvoll, internationale Mobilität so attraktiv wie möglich zu gestalten. Zum Beispiel längere Auslandsaufenthalte zu ermöglichen, um sich dort beruflich oder sozial, ökologisch oder humanitär zu engagieren, ohne den deutschen Aufenthaltstitel zu verlieren. Im Eckpunktpapier der Bundesregierung steht dazu kein Wort.

Ein verantwortungsvolles Einwanderungsgesetz hat jedoch nicht nur die eigenen Ziele, sondern auch die Interessen von ZuwanderInnen und Herkunftsstaaten im Blick. Wir Grüne im Bundestag wollen zum Beispiel vermeiden, dass die Abwanderung von Gesundheitsfachkräften die Gesundheitsversorgung in einigen Herkunftsländern weiter verschlechtern könnte. Faire Rahmenbedingungen bei der globalen Anwerbung von Fachkräften sind der Großen Koalition keine Zeile wert.

INTEGRATION BRAUCHT MEHR

Ein gutes Einwanderungsgesetz muss Integration von Beginn an mitdenken und fördern: Um erfolgreich Fachkräfte zu gewinnen, muss Deutschland EinwanderInnen günstigere Rahmenbedingungen anbieten.

Ohne umfassende Sprachförderung, ohne die Möglichkeit des Familiennachzugs, ohne ein chancenreiches Bildungssystem bleibt Deutschland unattraktiv. Wer einwandert, will kein Bürger zweiter Klasse werden, sondern will am gesellschaftlichen Leben und der Politik teilhaben. Deshalb braucht es die Perspektive einer zügigen Aufenthaltsverfestigung und ein liberales Staatsangehörigkeitsrecht. Einwanderer sollen schnell und ihre Kinder mit der Geburt Deutsche werden können.

DER GROSSE WURF BLEIBT AUS

Das Eckpunktpapier der Großen Koalition kommt zu spät und ist ohne Substanz. Der große Wurf beim wichtigen Thema Einwanderung bleibt aus, das kleine Karo steht auch hier symptomatisch für die Kanzlerschaft von Angela Merkel. Die grüne Messlatte für ein erfolgreiches Einwanderungsgesetz liegt deutlich höher. Nicht zuletzt schauen wir mit Sorge auf die jüngsten Vorgänge in Chemnitz. Der rechtsextreme Mob dort hat vielen Menschen Angst gemacht. Deutschland kann als Einwanderungsland nur dann attraktiv sein, wenn wir willens und in der Lage sind, die Menschen effektiv vor Diskriminierung zu schützen. Wer den Diskurs auf die Ängste in der deutschen Bevölkerung beschränkt, wie die sächsische Landesregierung, wird niemanden für sich gewinnen.

» [gruene-bundestag.de/Einwanderungsgesetz](https://www.gruene-bundestag.de/Einwanderungsgesetz)



KATRIN GÖRING-ECKARDT MdB
Fraktionsvorsitzende



FILIZ POLAT MdB
Sprecherin für Migrations-
und Integrationspolitik

AKTIVIST. FEMINIST. HEDONIST.

Sven Lehmann will Hartz IV abschaffen und streitet für die Rechte von Homosexuellen. Bei allem Engagement darf für den Kölner die Lebensfreude nicht zu kurz kommen.

Von Susanne Sporrer

Zwei Männer sind in innigem Kuss versunken, daneben weht eine Regenbogenfahne. Im Hintergrund ist das russische Konsulat in Bonn zu erkennen. Während er das Foto auf seinem Handy zeigt, erläutert Sven Lehmann: „In Russland gilt ein Kuss unter Männern als Homo-Propaganda und ist verboten. Unser Kiss-in war ein Protest dagegen.“ Es ist voll und laut im Café des Museums Ludwig in Köln, doch davon lässt er sich nicht stören. Mit ruhiger Stimme erzählt er, was ihn umtreibt: „Menschenfeindlichkeit wird wieder hoffähig. Nicht nur die Rechten, die gegen Geflüchtete hetzen, drängen sich wieder in den Vordergrund, sondern auch jene, die die Lebensweise anderer kontrollieren wollen. Das macht mir große Sorgen.“ Seinen Sitz im Bundestag nutzt der 38-Jährige, um sich für diese Themen und die Menschen zu engagieren. „Viele denken ja, mit der Ehe für alle sei alles erreicht“, sagt Lehmann, Sprecher der Fraktion für Sozial- und Queerpolitik. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus: Noch immer werden Menschen für ihre Art zu lieben diskriminiert oder beleidigt, die Selbstmordrate bei homo- und transsexuellen Jugendlichen ist überdurchschnittlich hoch. Auch er wird im Netz angefeindet, bekommt Morddrohungen. Er hat die Hoffnung nicht aufgegeben, dass eines Tages Schwule, Lesben und Transsexuelle völlig akzeptiert sein werden. „Wir müssen also jeden Tag aufs Neue dafür kämpfen, dass die Menschen verschieden, aber gleich an Rechten und Würde sein können.“

„Ich bin auch Feminist, das gehört für mich zum Engagement für gleiche Rechte“, sagt Lehmann. „Männliche Feministen teilen Macht mit Frauen. Denen geht es nicht nur um Arbeit und Erfolg, sie sind auch fürsorgliche Väter oder wie ich Patenonkel.“ Lehmann wuchs bei seiner Mutter, die lange alleinerziehend war, und seiner Urgroßmutter auf. Die zwei starken Frauen haben ihn geprägt. Der studierte Politologe und ausgebildete Verwaltungsfachmann streitet gern für seine Überzeugungen. Auseinandersetzungen schrecken ihn nicht, im Gegenteil: „Ich brauche Widerstand, um gut zu sein“, sagt er lachend. Darin hat er sich früh geübt: in der Schule, wenn Mitschüler ungerecht behandelt wurden. Als Jugendlicher, wenn er die Normen

im rheinisch-katholischen Troisdorf infrage stellte. Als Abiturient trat er bereits den Grünen bei und mischte in der CDU-beherrschten Kommunalpolitik mit. Auch innerhalb der Partei scheut Lehmann nicht die Debatte. „Ich kämpfe gegen Hartz IV, seit es dieses Gesetz gibt. Hartz IV hat die Gesellschaft kälter gemacht, wir müssen ein anderes Sozialsystem finden“, ist sich Sven Lehmann sicher. Langfristig sieht er in einem bedingungslosen Grundeinkommen die beste Lösung. Unterdessen kämpft er gegen die Sanktionen, denen Hartz-IV-EmpfängerInnen ausgesetzt sind, und macht sich dafür stark, die Regelsätze zu erhöhen. Dabei geht er auch ungewöhnliche Wege: So lud er zur Anhörung des Bundestages nicht wie üblich Funktionäre, sondern die Leiterin des Kölner Arbeitslosenzentrums ein – eine Frau, die tagtäglich Armen und Obdachlosen begegnet. Möglichst nah an den Menschen zu sein, ist auch seine Maxime als Politiker. Außerhalb der Sitzungswochen des Bundestages verbringt er viel Zeit mit Ortsterminen in seinem Wahlkreis, tauscht sich mit Engagierten darüber aus, wie man Politik besser machen könnte.

In Köln ist Sven Lehmann zu Hause, die „Metropole der Lebensfreude“ ist seine Stadt. Wenn er mit Freundinnen und Freunden beim Essen sitzt, sie mit sardischer Creme verwöhnt, können einige Stunden vergehen. Seit Kurzem hat er nach 18-jähriger Pause seine Leidenschaft fürs Tennisspielen wiederentdeckt, gerne schaut er sich noch die Turniere aus den 80er-Jahren an. Politik ist zu Hause als Gesprächsthema tabu, obwohl auch sein Partner Berufspolitiker ist. Seit fast 20 Jahren ist Sven Lehmann jetzt bei den Grünen in verschiedenen Ämtern engagiert, vom Sprecher der Grünen Jugend in NRW bis zum Landesvorsitzenden der Partei. Doch er könnte sich vorstellen, in einigen Jahren auch ein Leben abseits der Politik zu führen. An Ideen mangelt es ihm nicht. Eine Ausbildung zum Familientherapeuten würde ihn reizen. Oder doch lieber ein für alle erschwingliches Café eröffnen – mit politischen Diskussionen und Kleinkunst. „Vielleicht würde ich mich das eher trauen“, überlegt er lachend, „wenn es bis dahin ein Grundeinkommen gibt.“



SVEN LEHMANN

seit 1999 Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen
2010–2017 Landesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen Nordrhein-Westfalen
seit 2017 Abgeordneter im Deutschen Bundestag, Sprecher für Sozialpolitik und für Queerpolitik

BERICHTE AUS DEN ARBEITSKREISEN

AK EINS Wirtschaft, Finanzen & Soziales

» 10 JAHRE LEHMAN BROTHERS. DIE KRISE LEBT.

Am 15. September 2008 erreichte die Finanzkrise mit der Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers ihren Höhepunkt. Doch was nach einer Geschichte von gestern klingt, wirkt sich heute stark auf die Menschen aus. 2018: Die Finanzkrise lebt. Aus der Bankenkrise wurde die Eurokrise und mittlerweile destabilisiert sie die Versicherungsbranche, sodass viele Menschen um ihre private Altersvorsorge bangen. Die Krise hat auch auf den Immobilienmarkt übergreifen, denn renditesuchendes Kapital treibt Hauspreise und Mieten in die Höhe. Als vor zehn Jahren die Banken wackelten, hat die Bundesregierung nur die Symptome der Krise bekämpft. Aber ohne eine konsequente Bekämpfung der Ursachen ist der nächste Crash vorprogrammiert. Die Schulden wachsen nach wie vor schneller als die reale Wirtschaft. Um die Finanzkrise zu überwinden, wollen wir eine Schuldenbremse für Banken verankern, eine Finanztransaktionssteuer gegen spekulative Geldflüsse einführen und die Investitionen in die Realwirtschaft stärken. Auf der Website der Bundestagsfraktion finden Sie eine Sonderseite zur Finanzkrise:

» gruene-bundestag.de/Finanzkrise

» UPDATE FÜR DEN JAHRESWOHLSTANDSBERICHT

Wohlstand ist nicht gleich Wachstum. Der grüne Wohlstandsbericht bezieht auch unseren ökologischen Fußabdruck, die Einkommensschere sowie nachhaltiges Wirtschaften mit ein. Wir ergänzen unseren Bericht darüber hinaus um neue Indikatoren, wie die Bilanzierung von Naturkapital und Ökosystemleistungen als Grundlage unserer Existenz. Damit liegen wir international im Trend, nur die Bundesregierung kommt ihren international eingegangenen Berichtspflichten nicht nach. Angesichts der Lage auf dem Wohnungsmarkt wird es noch einen neuen Indikator geben, der bezahlbares Wohnen, abgehängte Regionen und die Abwanderungsproblematik widerspiegelt. Dies hat für Wohlstand und Lebensqualität erheblich an Bedeutung gewonnen. Während die Bundesregierung mit dem Jahreswirtschaftsbericht nur das wirtschaftliche Wachstum im Blick hat, beleuchtet unser Bericht, wie gut es den Menschen und der Natur wirklich geht.

» gruene-bundestag.de/Jahreswohlstandsbericht

Umwelt, Energie, Landwirtschaft & Verkehr

AK ZWEI

» FERKELKASTRATION MUSS SCHMERZFREI WERDEN

Der brutale Akt, bei dem Ferkel ohne Betäubung kastriert werden, endet am 31. Dezember 2018, denn laut Tierschutzgesetz darf „an einem Wirbeltier (...) ohne Betäubung ein mit Schmerzen verbundener Eingriff nicht vorgenommen werden“. Männliche Ferkel werden kastriert, um den sogenannten „Ebergeruch“ zu vermeiden, den (manche) VerbraucherInnen als unangenehm empfinden. Es existieren bereits drei anerkannte Alternativen für eine schmerzfreie Kastration: die Mast unkastrierter Tiere, die Betäubung der Tiere mit Isofluran-Gas und eine Impfung, die die Bildung von Geschlechtshormonen verhindert. Die Fleischproduzenten wollen zusätzlich eine Lokalanästhesie durch den Bauern oder die Bäuerin ermöglichen. Aber die ebenfalls schmerzhaft Spritze in den Samenstrang und die Hoden garantiert nicht die Schmerzausschaltung. Für diese Methode müsste also das Tierschutzgesetz aufgeweicht werden. Die grüne Bundestagsfraktion lehnt die Lokalanästhesie für Ferkelkastrationen ab. Mit einem Fachgespräch wollen wir im Herbst Vorbehalte der Branche gegen die verbleibenden Alternativen abbauen.

» AUF DEM WEG IN DIE HEISSZEIT

Ganz Europa litt diesen Sommer unter Hitze und Dürre: Missernten, Futtermangel oder sogar Waldbrände mit Todesopfern. Selbst nüchterne Wissenschaftler warnen vor einer Heißzeit! Wir müssen uns darauf einstellen, dass wir in kürzeren Abständen Extremwetter erleben werden. Um das abzumildern, brauchen wir unter anderem weniger Beton und mehr Grün und Wasser in den Städten, Laubwälder statt Nadelwaldmonokulturen, trockenresistente Kulturen in der Landwirtschaft, aber auch besseren Katastrophenschutz. Leider hat die Bundesregierung nicht nur keinen Plan, sie heizt die Klimakrise noch weiter an. Schwarz-Rot reißt ein vereinbartes Klimaziel nach dem anderen. In Brüssel schützt die Große Koalition die Autoindustrie vor schärferen CO₂-Grenzwerten. Sie verhindert den Kohleausstieg und die Agrarwende. Was stattdessen getan werden müsste, steht unter:

» gruene-bundestag.de/Klimaschutz

» ANGRIFF DER CSU AUF DAS GRUNDGESETZ VERHINDERN

Seit Monaten wird das bayerische Polizeiaufgabengesetz (PAG) heftig diskutiert. In Bayern hat sich ein breiter zivilgesellschaftlicher Widerstand formiert und auch aus der Polizei kommt harte Kritik. Das PAG soll schon bei einer „drohenden Gefahr“ und nicht wie bisher bei einer „konkreten Gefahr“ weitreichende Maßnahmen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen. Diese ausufernden Befugnisse sind verfassungsrechtlich höchst bedenklich. Deshalb haben die grünen Bundestagsabgeordneten gemeinsam mit den Abgeordneten der FDP und Linken einen Normenkontrollantrag zum PAG beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Das Grundgesetz ermöglicht einem Viertel der Mitglieder des Bundestages, auch Normen des Landesrechts auf ihre Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz überprüfen zu lassen. Damit können Angriffe auf die Verfassung effizient abgewehrt werden, auch wenn sie von einem Bundesland ausgehen. Wir meinen: Sicherheitspolitik muss auf Fakten gründen und fest in den Bürgerrechten verankert sein.

» gruene-bundestag.de/Musterpolizeigesetz

AK DREI Bürgerrechte & Demokratie, Rechts- & Gesellschaftspolitik

» VERBRAUCHER-ÄRGERNIS UNERLAUBTE TELEFONWERBUNG

Fast 29.000 Menschen haben sich im ersten Halbjahr 2018 bei der Bundesnetzagentur über unerlaubte Telefonwerbung beschwert. Das hat die Bundesregierung auf unsere Anfrage hin mitgeteilt. Menschen werden nicht nur belästigt, die Folgen sind auch untergeschobene Verträge. Telefonwerbung ohne vorherige Zustimmung ist zwar illegal, doch für unseriöse Unternehmen lohnt sich das Geschäftsmodell trotz möglicher Bußgelder. Denn: Auch untergejubelte Verträge gelten, solange sie nicht binnen 14 Tagen widerrufen werden. Bis heute gibt es hier keine wirksame gesetzliche Regelung. Die Bundesregierung verschleppt das Problem. Sie schafft es noch nicht einmal, für die Umsetzung geltenden Rechts zu sorgen. So ist die Abteilung in der Bundesnetzagentur, die gegen unerlaubte Telefonwerbung vorgehen soll, unterbesetzt. Unser Antrag „Unerlaubte Telefonwerbung und unseriöse Geschäftspraktiken wirksam bekämpfen“ erhöht den Druck auf die Bundesregierung. Wir wollen die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken, zusätzliche Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen einführen und die Bundesnetzagentur richtig ausstatten.

» gruene-bundestag.de/Telefonwerbung



Foto: REUTERS/Eduardo Munoz

» VEREINTE NATIONEN STÄRKEN: DEUTSCHEN SITZ IM VN-SICHERHEITSRAT NUTZEN

Deutschland übernimmt am 1. Januar 2019 einen nichtständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat. Wir Grüne im Bundestag wollen die Vereinten Nationen ins Zentrum der deutschen und europäischen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik stellen. Deutschland sollte seinen Sitz als einen europäischen Sitz begreifen und sich eng mit den EU-Partnern abstimmen. In der Vergangenheit ist es im Sicherheitsrat immer wieder zu Blockaden und Missachtung von Resolutionen gekommen. Daher unterstützen wir die französische Initiative, dass sich die ständigen Mitglieder zum Veto-Verzicht bei der Bekämpfung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen verpflichten.

Angesichts der Kürzungen der US-Beitragszahlungen muss Europa mehr Einsatz zeigen. Friedensmissionen müssen weitergeführt, Flüchtlinge versorgt und die Agenda 2030 mit den globalen Nachhaltigkeitszielen sowie das Pariser Klimaabkommen umgesetzt werden. Wir werden jeglicher Blockade multilateraler Formate entgegentreten. Hierzu fordern wir die Bundesregierung in einem Antrag auf, der am 29. Juni 2018 im Plenum des Bundestages debattiert wurde.

» gruene-bundestag.de/VN-staerken

AK VIER internationale Politik & Menschenrechte

EUROPAKONFERENZ: YOUNG EUROPEANS LAB – YOUR IDEA TO CHANGE EUROPE

Autoritäre Regierungen, populistische Hetze und mangelnde Solidarität greifen die Europäische Union derzeit auf vielfältige Weise an. Dabei brauchen wir sie mehr denn je als Garant für Frieden, Wohlstand, Nachhaltigkeit und eine gute Zukunft. Wir Grüne im Bundestag werden deshalb gemeinsam mit den Grünen im Europäischen Parlament am 12. und 13. Oktober in Berlin junge Menschen aus Europa zusammenbringen, um mit ihnen über ihre Ideen für Europas Zukunft zu diskutieren. Wir wollen damit nicht nur zivilgesellschaftlichen Vorschlägen im parlamentarischen Raum Gehör verschaffen. Wir wollen dafür sorgen, dass aus diesen Ideen konkrete Initiativen in den Parlamenten werden.

Bis Ende August konnten sich 18- bis 30-Jährige an dem Ideenwettbewerb beteiligen. Die vielversprechendsten Ideen wählen wir gemeinsam aus und laden die IdeengeberInnen nach Berlin, um uns im Rahmen der zweitägigen Konferenz über ihre Konzepte für das weitere Zusammenwachsen des europäischen Kontinents auszutauschen. Auch Sie und andere Europainteressierte sind herzlich eingeladen mitzudiskutieren:

» gruene-bundestag.de/Young-eu-lab



Foto: Dudley / Shutterstock



Foto: Klaus-Dietmar Gabbert/dpa

Zinnfiguren der Fa. Ernst Heinrichsen (Nürnberg um 1900) zeigen in der Ausstellung „Deutscher Kolonialismus – Fragmente seiner Geschichte und Gegenwart“ am 13.10.2016 in Berlin im Deutschen Historischen Museum eine Kampfhandlung zwischen Einheimischen und Kolonialisten.

AK FÜNF

Wissen, Generationen & Gesundheit

» AUFARBEITUNG DER DEUTSCHEN KOLONIALGESCHICHTE

Die deutsche Kolonialgeschichte ist nach wie vor ein blinder Fleck in der offiziellen Erinnerungskultur. Hartnäckig hält sich der Glaube, Deutschland sei eine unbedeutende und harmlose Kolonialmacht gewesen.

Mit der Debatte über die inhaltliche Ausgestaltung des Humboldt Forums in Berlin dringt auch dieses Thema verstärkt in die Öffentlichkeit. Die grüne Bundestagsfraktion hat in Positionspapieren und Anträgen immer wieder darauf hingewiesen, dass die Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte, insbesondere der Völkermord an den Herero und Nama, vorangetrieben werden muss. Dies könnte etwa in Form einer dauerhaften Dokumentationsstätte zur deutschen Kolonialgeschichte geschehen. Aus kulturpolitischer Sicht steht die Auseinandersetzung mit der skandalösen Situation an, dass niemand genau weiß, was in ethnologischen und anthropologischen Sammlungen aus der Kolonialzeit lagert. Hier sind dringend mehr Forschung und Transparenz notwendig – als erste Voraussetzung für eine angemessene Aufarbeitung. Unter der Federführung unserer Abgeordneten plant die Bundestagsfraktion im Herbst ein öffentliches Fachgespräch zum kulturpolitischen Umgang mit unserem kolonialen Erbe.

» DRAMATISCHER ABSTURZ DES BAFÖG

2017 haben laut Statistischem Bundesamt fünf Prozent weniger SchülerInnen und Studierende BAFÖG bezogen als 2016. Damit setzt sich der seit 2012 anhaltende Rückgang fort. Die letzte BAFÖG-Novelle der Bundesregierung hat sich als unzureichend erwiesen, denn sie ist nur ein Wechsel vom Sturz- in den Sinkflug. Die grüne Bundestagsfraktion fordert darum eine zügige BAFÖG-Novelle. „Zuerst brauchen wir eine sofortige Reparturnovelle, die zum nächstmöglichen Semester greift“, so Kai Gehring, Hochschulexperte der Fraktion. Unter anderem sollen die Fördersätze und die Einkommensfreibeträge der Eltern um je zehn Prozent erhöht werden. Zudem fordert unsere Fraktion, das BAFÖG regelmäßig und automatisch anzupassen. Nach der zügigen Reparatur soll der Bundestag eine Kommission einsetzen, die eine Strukturreform erarbeitet. Unser Ziel ist ein Zwei-Säulen-Modell, damit die Studienfinanzierung zum Leben reicht und Studierende stärker unabhängig von den Eltern gefördert werden können.

» gruene-bundestag.de/Bafog

Foto: Stefan Maak



» ANTIZIGANISMUS IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

Sinti und Roma leben bereits seit Jahrhunderten in Europa – und dennoch ist Antiziganismus in unserer Gesellschaft tief verwurzelt. Um dagegen Strategien zu entwickeln, haben wir am 4. September zu einem großen Fachgespräch eingeladen. Es war das erste, das zu diesem Thema je im Bundestag stattfand! Über 100 Gäste aus Zivilgesellschaft, Verbänden und Wissenschaft sowie Abgeordnete aus Bundestag und Europaparlament waren anwesend. Sie nahmen Vorurteile, Stigmatisierungen und Diskriminierungen, denen Angehörige der Sinti und Roma in vielen Lebensbereichen begegnen, gemeinsam kritisch in den Blick. Politische Handlungsoptionen, wie Antiziganismus und damit die Ursache der Ausgrenzung bekämpft werden kann, wurden erörtert und Erwartungen an die im Koalitionsvertrag versprochene Expertenkommission zum Thema Antiziganismus formuliert. Der Abend endete in engagierten Gesprächsrunden und bewegender Musik von Sandro Roy.

» gruene-bundestag.de/Antiziganismus

Foto: Sibylle Kraut-Eppich



» PLANET PLASTIC – FANTASTIC?

Zehntausende Menschen nutzten die Gelegenheit, beim Tag der Ein- und Ausblicke des Bundestages das Parlament zu besuchen. In unserem „Grünen Bereich“ auf der Fraktionsebene des Reichstagsgebäudes bekamen sie einen plastischen Eindruck der untragbaren Vermüllung unseres Planeten mit Plastik: sie konnten durch ein stählernes Walskelett voller Tüten, Eimer, Plastikfetzen hindurchgehen, am Boden Fußabdrücke mit Zahlen und Fakten zu unseren „Hinterlassenschaften“ in Natur und Umwelt studieren und versuchen, einen Rucksack mit 37 kg Verpackungsmüll zu schultern. Das ist die Menge, die jeder von uns in Deutschland pro Jahr erzeugt. Ihr Wissen testeten unsere BesucherInnen im Plastik-Quiz und diskutierten mit unseren Abgeordneten bei Muffins und Biobrause darüber, wie wir die Plastikflut stoppen können. Die Kinder hatten Spaß am Angelspiel, vor allem wenn es gelang, aus all dem Müll im Meer gelegentlich noch einen Fisch zu ziehen. Unsere Konzepte zur Müllvermeidung und zum Schutz der Umwelt konnten die Gäste im Stoffbeutel – nachhaltig! – nach Hause tragen.

» gruene-bundestag.de/Einblicke



Foto: St. Kaminski

Foto: St. Kaminski



» DREI FRAGEN AN MARGARETE BAUSE

Nach dem Grauen des II. Weltkriegs, am 10. Dezember 1948, verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen in Paris die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Sie ist ein Meilenstein für die Menschenrechte – das am meisten übersetzte Dokument der Welt, verfügbar in mehr als 500 Sprachen. Auch 70 Jahre nach ihrer Verabschiedung hat sie nichts an Aktualität verloren.

Wir sprachen mit unserer für das Thema zuständigen Abgeordneten Margarete Bause.

Profil:Grün: Aus Anlass des Jahrestages im Dezember veranstaltet die Bundestagsfraktion eine große Konferenz. Was ist das Ziel?

Margarete: Wir wollen den großen Bogen spannen. Siebzig Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte – das ist erstmal ein Grund zur Freude. Gleichzeitig erleben wir, dass sicher geglaubte Errungenschaften in Frage gestellt werden, sogar bedroht sind. Weltweit geraten Menschenrechte unter Druck, sei es bei der Einschränkung von zivilgesellschaftlichen AkteurInnen, bei der Missachtung der Pressefreiheit, beim Schutz von Minderheiten oder beim Umgang mit Geflüchteten. Da müssen wir gegenhalten, verteidigen und – mindestens genauso wichtig – aufzeigen, wie und wohin es mit den Menschenrechten weitergeht. Schließlich wollen wir auch zum 100. Jubiläum noch einen Grund zum Feiern haben!

Profil:Grün: Menschenrechte in Deutschland und weltweit – lässt sich das vergleichen?

Margarete: Wir leben hier in einem demokratischen Rechtsstaat, haben eine lebendige, engagierte Zivilgesellschaft. Das kann man mit autokratischen Systemen nicht vergleichen. Gerade deswegen ist es wichtig, Tendenzen einer Erosion menschenrechtlicher Standards wie wir sie in der Flüchtlingsdebatte erleben – Stichwort Seenotrettung – entgegenzutreten.

Profil:Grün: Wo siehst du den größten Handlungsbedarf?

Margarete: Wir müssen zu einer Offensive für die Menschenrechte kommen. Wichtig ist es die zivilgesellschaftlichen Kräfte zu stärken, MenschenrechtsverteidigerInnen zu unterstützen und neue Herausforderungen anzupacken. Beim Thema digitale Menschenrechte beispielsweise stehen wir erst ganz am Anfang. Unsere Konferenz greift genau diese Punkte auf.

» gruene-bundestag.de/Termine

MARGARETE BAUSE MDB
Sprecherin für
Menschenrechtspolitik
und humanitäre Hilfe



TERMINE

immer aktuell unter:

» gruene-bundestag.de » Termine

GELDWÄSCHE IM IMMOBILIENSEKTOR

Fachgespräch am 8.10. in Berlin
AK 1 Koordination, TEL 030/227 51121
ak1@gruene-bundestag.de

GUT GEKÄMPFT, SCHWESTERN!

100 Jahre Frauenwahlrecht
Parlamentarischer Abend am 9.10. in
Berlin, AK 5 Koordination, TEL 030/227
51066, ak5@gruene-bundestag.de

YOUNG EUROPEANS LAB: YOUR IDEA TO CHANGE EUROPE

Konferenz am 12.10. in Berlin
AK 4 Koordination, TEL 030/227 58943
ak4@gruene-bundestag.de

WELTHANDELSSYSTEM IM CHAOS?

Zukunftslabor Gerechte Globalisierung
am 7.11. in Berlin, Öffentlichkeitsar-
beit, TEL 030 227/59062, oea@gruene-bundestag.de

GRÜNER BETRIEBSRÄTE- UND GEWERKSCHAFTSTAG

am 23.11. im Deutschen Bundestag
AK 1 Koordination, TEL 030/227 51121
ak1@gruene-bundestag.de

RESPECT PROTECT PROMOTE

70 Jahre Menschenrechte
Konferenz am 7.12. in Berlin
AK 4 Koordination, TEL 030/227 58943
ak4@gruene-bundestag.de

PUBLIKATIONEN

Eine Auswahl, mehr unter:
» gruene-bundestag.de » Publikationen

BROSCHÜRE

Die grüne Bundestagsfraktion
in der 19. WP 19/002

FLYER

Planet plastic 19/10
Die grüne Wohnoffensive 19/12

POSTKARTE

Planet plastic –
Zahlen und Fakten 19/11

Bestellungen an:
Bündnis 90/Die Grünen Bundestags-
fraktion, Versand, 11011 Berlin, oder:
versand@gruene-bundestag.de

profil:GRÜN ist die Zeitschrift der
Bundestagsfraktion. Sie erscheint
vier Mal im Jahr und kann unter oben
stehender Adresse bestellt werden.

ONLINE


Tagesaktuelle Informationen, Frakti-
onsbeschlüsse, Initiativen, Bundes-
tagsreden, Videos sowie politische
Hintergründe finden Sie auf
» gruene-bundestag.de.

Unser Tipp:

» gruene-bundestag.de » videos »
Die grüne Wohnoffensive


Neues und Wissenswertes liefern
unsere Newsletter. Ihre Anregun-
gen, Kommentare, Ideen und Fragen
können Sie uns auch über die sozialen
Netzwerke schicken:

 twitter.com/GrueneBundestag

 [instagram.com/gruenebundestag](https://www.instagram.com/gruenebundestag)

 [facebook.com/
Gruene.im.Bundestag](https://www.facebook.com/Gruene.im.Bundestag)

 Der grüne Kanal bei YouTube:
[youtube.com/GRUENE](https://www.youtube.com/GRUENE)

 Unsere Fotos bei flickr:
[flickr.com/gruene-bundestag](https://www.flickr.com/gruene-bundestag)